

Vorlage Stadtparlament

Datum 7. Januar 2025
Beschluss Nr. 5
Aktenplan 152.15.12 Stadtparlament: Interpellationen

Interpellation GLP/JGLP-Fraktion: Datenschutz – auch für Kandidierende bei Parlamentswahlen; schriftlich

Die GLP/JGLP-Fraktion sowie mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 29. Oktober 2024 die beiliegende Interpellation «Datenschutz – auch für Kandidierende bei Parlamentswahlen» mit insgesamt 30 Unterschriften ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1 Ausgangslage

Das kantonale Gesetz über Wahlen und Abstimmungen (WAG; sGS 125.3) bestimmt für Proporzwahlen in Art. 35 Abs. 2, dass in den **Wahlvorschlägen** Familienname, Vorname, Geburtsdatum, Beruf, **Wohnadresse** und Heimatort der Vorgeschlagenen anzugeben sind.

Diese Angaben auf den **Wahlvorschlägen** sind nötig, um in den Bevölkerungsdiensten festzustellen, ob die vorgeschlagenen Personen die Wählbarkeitsvoraussetzungen erfüllen, also das Schweizer Bürgerrecht besitzen, mindestens 18-jährig sind und im Besitz der politischen Rechte (also nicht umfassend verbeiständet) sind. Falls eine Kandidatin bzw. ein Kandidat eines Wahlvorschlags den Wohnsitz nicht in der Stadt St.Gallen hat, fragen die Bevölkerungsdienste bei der Wohnsitzgemeinde nach, ob die Wählbarkeitsvoraussetzungen erfüllt sind; der Wohnsitz kann dann im Falle einer Wahl nach St.Gallen verlegt werden.

Die **bereinigten Wahlvorschläge** heissen nach Art. 42 Abs. 1 WAG «**Listen**».

In Art. 51 WAG ist geregelt, dass bei Proporzwahlen für sämtliche **Listen** Stimmzettel erstellt werden, auf denen die Listenbezeichnung, die Ordnungsnummer, **Angaben zu den Kandidierenden** sowie allenfalls Listenverbindungen vorgedruckt sind.

Bei diesen «**Angaben zu den Kandidierenden**» sind die Gemeinden gemäss dieser allgemeineren Beschreibung etwas freier: nicht alle Angaben, die in den Wahlvorschlägen gemacht werden müssen, sind zwingend auf den Listen aufzudrucken.

In der Stadt St.Gallen wurden bei den Gesamterneuerungswahlen für das Stadtparlament vom 22. September 2024 für die Amtsdauer 2025–2028 von den Angaben auf dem Wahlvorschlag auf den

Listen für jede kandidierende Person die folgenden Informationen aufgedruckt: Name, Vorname, Beruf, Strasse/Nr.; diese Angaben durften zusammen maximal 107 Zeichen (inkl. Leerschläge) ausmachen; für «bisher» werden davon, inkl. Leerschlag davor, neun Zeichen benötigt.

Falls eine kandidierende Person den Wohnsitz ausserhalb der Stadt St.Gallen hatte, wurde anstelle von «Strasse/Nr.» der Wohnort aufgedruckt.

Die Angaben auf den Listen sollen so konkret sein, dass die Wahlberechtigten erkennen können, ob es sich bei einzelnen Kandidierenden um jene Person handelt, die sie allenfalls kennen, und dass sich die Wahlberechtigten ein Bild machen und eine Meinung darüber bilden können, ob sie bestimmte Personen wählen möchten.

Mitte Februar 2024 führte die Stadtkanzlei, wie immer etwa ein halbes Jahr vor den Wahlen, für Vertretungen von Parteien und Gruppierungen in der Stadt St.Gallen eine Informationsveranstaltung dazu durch, wie beim Einreichen von Wahlvorschlägen vorzugehen ist. Zu diesen Informationen gehörte auch, welche Angaben schliesslich auf den Listen aufgedruckt werden. Ab Anfang März 2024 waren die entsprechenden digitalen Formulare im Internet verfügbar. In den Monaten danach wurde von zwei Gruppierungen die auch in der vorliegenden Interpellation gestellte Frage vorgebracht, ob auf den Aufdruck von «Strasse/Nr.» verzichtet werden könne, um Kandidierende vor allfälligen Gefahren zu schützen. Der Stadtschreiber antwortete, dass die Regeln für das bereits laufende Verfahren der Gesamterneuerungswahlen nicht mehr geändert werden könnten, dass dies aber für die nächsten Gesamterneuerungswahlen im Jahr 2028 zu überlegen sei; dies werde Bestandteil des üblichen Rück- und Ausblicks sein, was bei den Abläufen der Wahlvorbereitung gut lief, und wo es Verbesserungsbedarf und -potenzial gebe.

2 Beantwortung der Fragen

1. Ist der Stadtrat bereit auf die Angabe der Wohnadresse auf den Wahlvorschlägen künftig zu verzichten?

Ja; künftig wird auf die Angabe der Wohnadresse verzichtet; neu wird lediglich die Wohnsitzgemeinde der Kandidierenden auf den Listen aufgedruckt, was in den weitaus meisten Fällen von Kandidierenden «St.Gallen» ist.

Zusätzlich soll neu der Jahrgang der Kandidierenden auf den Listen aufgedruckt werden, wie es auch vom Kanton bei den Kantonsratswahlen und von den Städten Wil und Gossau bei deren Stadtparlamentswahlen gehandhabt wird; der Dienst für politische Rechte der Staatskanzlei erachtet dies als wichtige Information für die Wählerinnen und Wähler.

2. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, politisch aktive Personen vor möglichen Gefahren wie Beleidigungen oder Drohungen bestmöglich zu schützen?

Politisch aktive Personen werden ein Stück weit zu Personen des öffentlichen Lebens; vor allem dann, wenn sie für ein öffentliches Amt kandidieren, und noch stärker, wenn sie gewählt werden und ein öffentliches Amt antreten. Ihre Haltungen, ihre Entscheidungen werden nicht nur gelobt, sondern auch kritisiert. Im politischen Diskurs ist auch gegen sachliche Kritik nichts einzuwenden.

Die Hemmschwelle gegen Beleidigungen und Drohungen scheint jedoch zu sinken, gerade auch im Zeitalter der Social Media, wo solche Anwürfe auch anonym platziert und wo sie vor allem durch die verwendete Technik rasant und massenhaft verbreitet werden können.

Zivilcourage und entschiedenes Auftreten gegen geäußerte Beleidigungen und Drohungen sind wichtig; auch eine Anzeige der bedrohten Person gegen Bekannt oder nötigenfalls auch gegen Unbekannt muss jeweils in Erwägung gezogen werden. Mehr Möglichkeiten sehen die geltenden Rechtsgrundlagen nicht vor.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke

Beilage:
▪ Interpellation vom 29. Oktober 2024